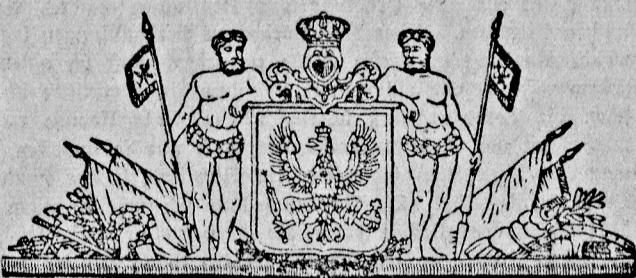


# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: „Musikblatt“ — „Recht und Leben“ — „Umschau in Technik und Wirtschaft“ — „Für Reise und Wanderung“ — „Literarische Umschau“

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin, Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600-3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3636-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

# Luther fordert Vertrauensvotum

## Ueberraschende Rede des Reichskanzlers / Völkerbunds-Eintritt sobald wie möglich Heute entscheidende Abstimmung / Verhandlungen mit der Wirtschaftspartei

### Ultimatum an das Parlament

Reichskanzler Dr. Luther hat gestern während der Aussprache über die Regierungserklärung im Reichstag in einer unerwarteten, wie aus der Pistole geschossenen, mit starkem Temperament vorgetragenen Rede von der Volksvertretung eine klare Entscheidung verlangt. Worüber? Über das Schicksal des Kabinetts, oder über das Schicksal des Reichstags? Das ist nicht ganz deutlich geworden. Dr. Luther hat erklärt, daß er und seine Mitarbeiter nicht auf den Rücken dreier abgelehnter Mißtrauensanträge die Regierung übernehmen könne. Er forderte ein positives Vertrauensvotum durch eine Mehrheit des Reichstags. Form und Inhalt der Rede haben im Plenum einen starken Eindruck gemacht, der nachher seinen Widerhall in den Beratungszimmern der Fraktionen fand.

\*

Reichskanzler Dr. Luther hatte, während der Sprecher der Deutschnationalen, Abgeordneter Graf Westarp, das Mißtrauensvotum seiner Fraktion begründete — der deutschnationalen Antrag spricht ebenso wie der völkische und kommunistische lediglich aus, daß die Regierung nicht das verfassungsmäßig erforderliche Vertrauen des Reichstags besitze —, auf seinem Platz starke Nervosität gezeigt. Als er sich unmittelbar nachdem Graf Westarp geendet hatte, zu Worte melden ließ, mit seinen Notizblättern zur Rednertribüne stürmte und mit gerötetem Kopf, in sichtlich starker Bewegung und vor Erregung fast heiserer Stimme sprach, nahm man im Hause zunächst an, daß Dr. Luther aus einem augenblicklichen starken Impuls heraus handelte. In Wirklichkeit wurde die Vertrauensfrage von ihm gestellt auf Grund von Vereinbarungen in einer Ministerbesprechung, die kurz vor Beginn der Plenarsitzung abgehalten worden war. Den Ausschlag für diese Entscheidung im Kabinett hatte der deutschnationalen Mißtrauensantrag gegeben. Der Reichskanzler hatte bis gestern abend offenbar damit gerechnet, daß seine Regierung sowohl von den Sozialdemokraten wie von den Deutschnationalen toleriert werden würde. Die programmatische Erklärung war ja auch daraufhin angelegt, weder die Rechte noch die Linke zu verstimmen; wenigstens war das die Absicht. Daß sie nicht erreicht wurde, hat sich unmittelbar nach der Regierungserklärung in der Abstimmung gezeigt, in der die Rechte und die Linke sich gegen den Wunsch des Reichskanzlers zusammenfanden und die Besprechung des Völkerbundantrages der Deutschnationalen beschloßen. Nachher drang in der deutschnationalen Fraktion gegen eine starke Minderheit noch die Forderung auf Einbringung eines Mißtrauensantrages durch. Gleichzeitig war die Sozialdemokratie durch die unklare Äußerung über den Völkerbund, sowie durch die Berufung auf die Regierungserklärung vom 19. Januar 1925 verstimmt. Dr. Luther, der die kritische Zuspitzung der parlamentarischen Situation erkannte, entschloß sich, wie es in einer ähnlichen Lage vor ihm einmal Reichskanzler Dr. Birth und später Reichskanzler Dr. Stresemann getan haben, den Stier bei den Hörnern zu packen. Vor dem deutschnationalen Mißtrauensantrag hätte er sich mit der bloßen Ablehnung des völkischen und des kommunistischen Antrags begnügt. Nach der deutlichen Kampfansage des Grafen Westarp gegen das Kabinett entschied er sich für die Stellung der Vertrauensfrage und erreichte dafür das Einverständnis seiner wichtigsten Mitarbeiter.

\*

Die Rede Luthers war kurz, scharf im Ton, aber eindringlich und packend. Wie er sich mit den einfachsten Redewendungen begnügte, so auch mit den einfachsten, nicht erst weit herbeigeholten Argumenten. Aber gerade damit wirkte er. Wenn er die Deutschnationalen fragte, wie man denn ein parlamentarisches Kabinett schaffen solle, wenn man nicht mit den Parteien verhandelte, und wie ein neutrales Kabinett der Mitte beschaffen sein solle, wenn es sich nicht aus den Parteien der Mitte zusammensetze, waren Graf Westarp und die Seinen in Verlegenheit. Wenn er die Sozialdemokraten, die von ihm programmatische Entscheidungen verlangt hatten, fragte, warum sie sich nicht dafür hätten entscheiden können, in die Große Koalition einzutreten, dann hatte er dort einen

Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion hat am Dienstag mit geringer Mehrheit beschlossen, einen Mißtrauensantrag gegen die neue Reichsregierung einzubringen. Das Reichskabinett hat darauf beschlossen, den Fehdehandschuh aufzunehmen, und dementsprechend hat gestern der Reichskanzler in einer Rede, die großes Aufsehen erregte, ein ausdrückliches Vertrauensvotum des Reichstags gefordert. Dr. Luther verlangte das Wort nach der Rede des deutschnationalen Abg. Westarp, im Verlauf der Debatte, über die an anderer Stelle des Blattes berichtet wird. Auf Grund seiner Ausführungen brachten die Regierungsparteien einen Antrag ein, der besagt: „Die Reichsregierung besitzt das Vertrauen des Reichstags.“ Damit ist der Reichstag bei der für heute erwarteten Abstimmung vor eine klare und unzweideutige Entscheidung gestellt. Reichskanzler Dr. Luther wird am Donnerstag vormittag mit den Führern der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Besprechung abhalten, an der auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius teilnehmen werden. Von den Ergebnissen der Besprechung wird die Stellungnahme der Wirtschaftlichen Vereinigung bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum abhängen. Die Sozialdemokratische Fraktion hielt nach der Plenarsitzung des Reichstags am Mittwoch abend noch eine kurze Fraktionsitzung ab, in der sie lediglich einen Bericht des Fraktionsvorsitzenden über die Lage im Reichstag entgegennahm. Eine Aussprache knüpfte sich daran nicht. Die Entscheidung der Fraktion über die Abstimmung zur Regierungserklärung wird erst in der Fraktionsitzung fallen, die für Donnerstag vormittag angesetzt ist.

wunden Punkt getroffen. Wenn Dr. Luther dann konkludierte, daß doch Deutschland schließlich irgendwie regiert werden müsse, dann konnte man die Primitivität der Beweisführung belächeln, aber man mußte deren Richtigkeit zugeben. In irgendeiner Zusammenkunft muß doch eine arbeitsfähige parlamentarische Regierung vorhanden sein. Dafür haben eben die Parteien zu sorgen, dafür tragen sie die Verantwortung. Wenn sich die Deutschnationalen vor ihr drücken, ist es begreiflich. Ihnen käme eine Diktatur auf Grund des Artikels 48 und die Ausschaltung des Parlaments vielleicht sehr gelegen; trotz der Folgen für die deutsche Wirtschaft. Aber glaubt auch die Sozialdemokratie so leicht die Verantwortung für ein Versagen des Parlaments tragen zu können? Der sozialdemokratische Sprecher hat gestern als Beweis für die Richtigkeit der ablehnenden Haltung seiner Fraktion den Einspruch der Bayerischen Volkspartei gegen Dr. Koch als Innenminister angeführt. Der Schluß geht fehl. Wenn die Sozialdemokraten in die Große Koalition eingetreten wären, dann wäre ein solcher Widerspruch gar nicht möglich gewesen, dann säße heute auf der Regierungsbank ein Mehrheitskabinett mit einem anderen Programm und einer ganz anderen Aktionsfähigkeit.

\*

Dr. Luther hat es auch in seiner gestrigen Rede abgelehnt, seine programmatische Erklärung zu vervollständigen und in Einzelheiten einzugehen. Aber in einem wichtigen Punkt hat er die Regierungserklärung doch in einer erfreulichen Weise vervollständigt: er hat sich über seine und des Kabinetts Stellung zum Völkerbund klar und unzweideutig ausgesprochen, er hat in einer scharfen Polemik gegenüber dem Grafen Westarp nicht nur das Festhalten an dem Vertrag und der Politik von Locarno betont, nicht nur in sehr glücklichen Wendungen sich zur absoluten Vertragstreue bekannt, sondern auch nachdrücklich zum Völkerbund. Im Gegen-

satz zu den Deutschnationalen will Luther Deutschland im Völkerbund „drinnen“ haben, und wenn er sich auch auf den genauen Termin des Eintritts in den Völkerbund gestern noch nicht festlegen wollte, so hat er doch verkündet, daß dieser Beschluß auf den Eintritt sobald wie möglich gefaßt werden soll. Mußte man nach der Regierungserklärung am Dienstag ein vorsichtiges Lavieren gegenüber rechts feststellen, so war in der gestrigen Rede ein unverkennbares Abdrücken merkbar. Da sich die Deutschnationalen endgültig veragt haben, will Dr. Luther für die Mehrheit die Sozialdemokraten gewinnen.

### Drohende Reichstagsauflösung

Welche unmittelbare Absicht hat Dr. Luther mit seiner Rede und der Stellung der Vertrauensfrage verfolgt? Er kann nicht vorausgesehen haben, daß die Sozialdemokratie von heute auf morgen ihm das Vertrauen votiert; auf mehr als Stimmenthaltung der Sozialdemokraten ist nicht zu rechnen. Aber Dr. Luther und seinem Kabinett kommt es offenbar nicht darauf an, wie groß die Mehrheit für das Vertrauensvotum ist, sondern daß er überhaupt eins erhält, wenn auch mit der knappsten Stimmenzahl, um die verfassungsmäßige Vertrauensgrundlage für die Arbeit der Regierung zu haben. Auch die kleinste Mehrheit würde ihm für sein Minderheitskabinett offenbar genügen. Die ist möglich. Die Stimmen der Regierungskoalition und die der Oppositionsparteien (Deutschnationalen, Kommunisten und Völkische) halten einander die Waage. Den Ausschlag würde die Wirtschaftspartei geben, deren Redner sich gestern noch sehr zurückhaltend geäußert hat. Die deutschnationalen Fraktion ist anscheinend nicht vollzählig. Im Augenblick kann man nur Vermutungen anstellen. Es ist möglich, daß sich eine knappe Mehrheit für das Vertrauensvotum ergibt. Dann ist die Voraussetzung für das Bleiben des Kabinetts geschaffen; es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß die Regierung in der Minderheit bleibt, und dann ist nicht nur eine neue Regierungskrise, sondern vermutlich auch eine Krise des Reichstags gegeben. Alles spricht in diesem Fall für die Wahrscheinlichkeit einer Auflösung des Reichstages, da alle Möglichkeiten einer parlamentarischen Regierungsbildung erschöpft sind. Das Schicksal des zweiten Kabinetts Luther, aber auch das Schicksal dieses Reichstages wird heute von einem Mehr oder Weniger einiger Stimmen, von dem Zufall der Anwesenheitsstärke der Fraktionen abhängen. Kein erfreulicher Aspekt für Vertreter der parlamentarischen Demokratie, und doppelt unerfreulich, weil diese Situation herbeigeführt worden ist durch die stärkste Partei, die den republikanischen, demokratischen Gedanken vertritt und in einer entscheidenden Stunde nicht den Mut gefunden hat, ihre politische Pflicht zu tun. M. R.

### Der Wortlaut der Kanzlerrede

Reichskanzler Luther: Es ist ausgesprochen worden, daß eine ganze Reihe von Fragen in der gestern vorgelegten Regierungserklärung nicht im einzelnen beantwortet sei. Das trifft ja unzweifelhaft zu, es ergibt sich aber aus der Lage, in der sich die Regierung der Mitte befindet. Wenn eine Mehrheit in der Regierung sich zusammengeschlossen hätte, dann hätte man wohl vorher eine ganze Reihe von Einzelfragen durchörtert und in prägnanterer Form darlegen können. So wie der Zeitbestand ist, handelt es sich um eine ganz andere Frage, nämlich einfach um die politische Frage, ob der Reichstag bereit ist, dieser Regierung, wie sie jetzt entstanden ist, die Möglichkeit zu praktischer Arbeit zu geben.

Die Regierung hat sich zusammengefunden, nachdem und weil Bildungen von Mehrheitsregierungen nicht möglich gewesen sind. **Zugendwie muß Deutschland schließlich registriert werden.** (Lachen rechts.) Es ist leicht, darüber zu lachen, aber hier gilt es nicht, den Humor parteipolitischer Auseinandersetzungen walten zu lassen. Den Männern, die jetzt an die Regierung gerufen worden sind, ist es gar nicht um Humor, um kleine Witze zu tun, sie haben es mit einer Lage unseres Vaterlandes zu tun, für die einfach der äußerste Ernst eingeseht werden muß. (Beifall und Unruhe. Zuruf bei den Kommunisten: Mißwirtschaft.) Mit solchen Bolabeln